

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Mittelbadischer Courier. 1896-1936 1933

14 (17.1.1933)

Mittelbadischer Kurier

Ettlinger Tagblatt

Amtsblatt für Stadt und Bezirk Ettlingen mit den neuesten Handels-Nachrichten

Verlag: Buch- und Steinruderei A. Barth-Ettlingen, Kronenstr. 26, Fernruf 78. Postfach 1181. Karlsruhe. Verantwortlich für den politischen Teil: Erich Pabel-Markt für den lokalen und Inseraten-Teil: A. Barth-Ettlingen. Druck: R. & S. Greiner, Umw. Markt, Kaiserstr. 40/42. Anzeigenannahmeschluss: 9 Uhr. dringende Anzeigen 10 Uhr.

Bezugspreis durch die Post monatlich 1.60 RM; ausgl. von Leihbüchern oder durch Träger frei Haus pro Monat: 1.60 RM. Einzelnummer 10 Pf. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezahler keinen Anspruch auf Entschädigung bei verspäteter oder nichterhaltenen der Zeitung. Abbestellungen können nur bis 25. des Monats auf den Monatsleihen angenommen werden.

Anzeigenpreis: 1 Millimeter Höhe 3 Reichspfennig. Sammelanzeigen 10 Reichspfennig. Reklameanzeigen 25 Reichspfennig. Beilagen: Das Tausend 12 Reichspfennig. Bei Wiederholung Rabatt, der bei Nichterhaltung des Zieles bei gerichtlicher Beitreibung und Konkursen wegfällt. Für Platzvorschrift und Tag der Aufnahme kann keine Garantie übernommen werden.

Nummer 14

Dienstag, den 17. Januar 1933

Jahrgang 71

Vollstreckungsschutz für die Landwirtschaft

Notverordnung für morgen beschlossen

Berlin, 17. Jan. Wie von unterrichteter Stelle verlautet, ist innerhalb des Reichskabinetts eine Einigung über den Entwurf einer Verordnung über den Vollstreckungsschutz erzielt worden, so daß sich eine nochmalige Beratung am heutigen Dienstag entgegen der ursprünglichen Annahme erübrigt. Die Verordnung wird bereits heute dem Reichspräsidenten zur Genehmigung vorgelegt, aber erst Mittwoch veröffentlicht werden. Die Verordnung umfaßt im wesentlichen den Schutz der Vollstreckung in Gegenständen des beweglichen Vermögens, also des lebenden und toten landwirtschaftlichen Inventars und soll Geltung bis nach der diesjährigen Ernte haben.

Hilfe für Milchwirtschaft gefordert

Berlin, 17. Jan. Gestern vormittag empfing vor Beginn der Kabinettsitzung Reichskanzler von Schleicher die beiden Reichstagsabgeordneten Farnus aus Dürren im württembergischen Allgäu (Zentrum) und den Direktor der Bayerischen Landesbauernkammer, Dr. Michael Horlacher-München (D.V.P.), zu einer von den Abgeordneten nachgesuchten Besprechung. Sie berichteten dem Kanzler über die äußerst bedenklich gewordene Lage der Milchwirtschaft und besonders über die zur Katastrophe treibenden Verhältnisse in den Grünland- und Käsegebieten. Der Kanzler stimmte den von den beiden Abgeordneten empfohlenen Sofortmaßnahmen zu und zeigte weitgehende Bereitschaft zur Gesamtregelung der landwirtschaftlichen Krisen. Man war sich darüber klar, daß die vorzuschlagenden Maßnahmen den Gesamtinteressen der deutschen Milchwirtschaft und besonders der Existenz der landwirtschaftlichen Marktes dienlich sind. Dabei wurde naturgemäß betont, daß eine alsbaldige Vereinfachung der handelspolitischen Lage in der Milchwirtschaft die grundlegendste Voraussetzung bleibt. Der

Kanzler sagte zu, in der unmittelbar anschließenden Kabinettsitzung für die rasche Durchführung der vorgetragenen Wünsche sich einsetzen zu wollen.

Ablösung der Gebäudeentlastungssteuer?

Berlin, 17. Januar. Der „Berliner Börsenkurier“ veröffentlicht den Inhalt eines Gesetzentwurfs, der nach Ansicht des Blattes offenbar dem Reichsfinanzministerium als Unterlage für die vorgesehene Umgestaltung der Gemeindefinanzen diene. Dieser Gesetzentwurf, so heißt es, dürfte aus der Feder des Ministers Popitz stammen und über den Weg des preussischen Handelsministeriums zum Reich gelangt sein. Der Entwurf sehe vor,

daß die Gebäudeentlastungssteuer durch eine gelegentlich begründete Ablösungssteuer abgelöst werde, die das drei- bis vierfache des Sollbetrages der Hauszinssteuer 1932 ausmache. Die Ablösungssteuer solle an erster Stelle im Grundbuch (wie die Hauszinssteuer) eingetragen werden und mit 4 1/2 v. H. verzinslich, mit 6 1/2 v. H. zu tilgen sein. Gleichzeitig werde eine Ablösungsbank als öffentlich-rechtliche Anstalt von den Landesregierungen gegründet.

Auf die würden die Ablösungsbanken der Hauseigentümer eingetragen. Die Ablösungsbank gebe auf diese Unterlage 4 prozentige mit 6 1/2 v. H. amortisierbare Ablösungssplandbriefe heraus. Mit ihrer Hilfe sollten dann die Verpflichtungen der Gemeinden umgeschuldet werden, und zwar sollten der Umschuldung unterliegen

1. die zum 31. Dezember 1932 fälligen Lieferpfändungen,
2. alle nicht über den 31. Dezember 1934 hinauslaufenden Kredite.

Das würde bedeuten, daß die Gläubiger der Kommunen Pfandbriefe erhielten, die entweder ebenfalls jährlich zu 6 1/2 v. H. amortisiert oder in einem entsprechenden Betrag getilgt werden könnten.

In wenigen Worten

Der Reichsjustizminister hat auf eine schriftliche Anfrage des Reichstagsabgeordneten Lipinski (Soz.) in einem Schreiben geantwortet, daß eine Aufhebung des Reichsrentengesetzes noch nicht in Frage komme.

Gestern verchied nach langem schweren Leiden Frau Helene von Benedendorff und von Hindenburg geb. Freiin von Zedlitz und Neufirk, eine Rusine des Reichspräsidenten, im 66. Lebensjahr. Sie war die Witwe des 1904 verstorbenen Junkers von Benedendorff und von Hindenburg, vormaligen Besitzers von Neudorf, dem Stammsitz der Familie von Hindenburg, das jetzt im Besitze des Reichspräsidenten ist. Dort findet auch die Beisetzung am Donnerstag statt.

Wie aus Natal (Brasilien) gemeldet wird, ist das französische Flugzeug „Regenbogen“ am 16.48 Uhr Ortszeit dort eingetroffen. Das Endziel des mit sechs Personen besetzten Flugzeuges ist Buenos Aires.

Im Ruhrgebiet in der Siegerländer Metallindustrie ist die Teilaussperrung am Montag Tatsache geworden. Von der 8000 Mann starken Gesamtbelegschaft haben etwa 60 v. H. die Arbeit zu den Bedingungen des Arbeitgeberverbandes nicht aufgenommen.

Einer der namhaftesten Violinvirtuosen der Gegenwart, der Hamburger Willi Burmester, ist hier am Montag früh im 64. Lebensjahre einem Herzschlag erlegen. Als Sohn eines Musikers in Hamburg geboren trat Willi Burmester schon als Kind öffentlich auf, machte seit 1886 Konzertreisen, war 1890 Konzertmeister in Sondershausen (Thüringen) und lebte dann in Weimar, Gellingsfors, Berlin und zuletzt in Hamburg.

Der vor einigen Tagen in Wien angekündigte Kraftdroschenstreik ist Montag früh Tatsache geworden. Der Streik dauerte programmäßig von 6 Uhr früh bis 11 Uhr vormittags und wurde auch auf sämtlichen Bahnhöfen fast lückenlos durchgeführt. In den Straßen Wiens war fast kein einziges Auto zu sehen.

Schleicher in schwieriger Lage

Reichstagsauflösung oder Zwangsvertagung?

Berlin, 17. Jan. (Fernruf unserer Berliner Redaktion.) In den Berliner politischen Kreisen drehen sich gestern alle Erörterungen um das Wahlergebnis von Lippe und darum, mit welcher Haltung Schleicher jetzt aufwarten wird. Es wird angenommen, daß eine Ernennung Straßers zum Vizekanzler und Reichskommissar für Preußen, wie es geplant war, nun nicht mehr in Frage kommt. Aber auch die Bereinigung Hugenbergs und Breitheids in das Kabinett dürfte illusorisch geworden sein, in erster Linie schon deshalb, weil Hugenberg das sogenannte „Krisenministerium“ ja sowieso nur übernehmen wollte, wenn es Schleicher möglich gewesen wäre, ein einjähriges politisches Moratorium zur Durchführung der Hugenbergschen Wirtschaftspläne herbeizuführen. Das Zentrum, das von vornherein eine ablehnende Haltung gegen Hugenberg eingenommen hatte, dürfte bei der jetzt gegebenen Lage nicht mehr gewillt sein, Stegerwald ins Kabinett zu entsenden. Wie verlautet, hat Kaas in der gestrigen Unterredung mit dem Reichskanzler diesen Standpunkt des Zentrums zum Ausdruck gebracht und erklärt, daß das Zentrum nur eine Kabinettsumbildung auf parlamentarischer Grundlage mitmachen würde. Schleicher befindet sich in keiner rosigten Lage.

Das heutige Kabinett droht jeden Augenblick an der inneren Gegenständlichkeit auseinanderzubrechen.

Wenn auch in der gestrigen Kabinettsitzung eine Einigung über den landwirtschaftlichen Vollstreckungsschutz erzielt wurde, so werden die scharfen Gegensätze zwischen Warmbold und Braun doch schon in der heutigen Sitzung, wo eine Entscheidung über grundsätzliche Fragen der Handels- und Wirtschaftspolitik gefällt werden soll, ausbrechen. Es kann also jeden Augenblick schon zu

einer Regierungskrise von innen heraus kommen. Für eine Umbildung des Kabinetts findet der Kanzler nicht die aeltesten Männer, und doch erhält sich hartnäckig das Gerücht, daß eine Umbildung noch vor dem 24. Januar erfolgen werde. Welchen Weg Schleicher da wählen will, liegt noch ganz im Dunkeln. Man spricht von einem letzten Versuch des Kanzlers.

Die Nationalsozialisten zur Bildung eines Kabinetts der nationalen Notgemeinschaft anzufordern, dem jedoch nach den bis jetzt bekannt gewordenen Äußerungen Hitlers wenig Aussicht zuerkannt wird. Man spricht weiter davon, daß Schleicher nach diesem letzten Versuch entweder den Reichstag auflösen und

Neuwahlen bereits für den 24. Februar festsetzen wird, oder daß er unter

Erklärung des Staatsnotstandes eine Zwangsvertagung des Reichstags

herbeiführen wird. Die Lage ist viel zu undurchsichtig als daß man sagen könnte, was kommen wird. Das Wahlergebnis von Lippe kann gute, aber auch sehr schlimme Folgen für die deutsche Wirtschaft haben!

Hitler legt sich fest

Berlin, 17. Januar. Ueber die gestern in Weimar stattgefundenen Gauleitertagung der NSDAP teilt die NSK folgendes mit:

„Heute fand in Weimar unter dem Vorsitz Adolf Hitlers eine Gauleitertagung statt, in der die Geschlossenheit und das Siegesbewußtsein der Bewegung höchsten Ausdruck fand. Nach einer ausgedehnten Aussprache der Gauleiter untereinander, die unter dem Vorsitz des Stabsleiters Ley stand und eine völlige Übereinstimmung sämtlicher Gauleiter in allen behandelten grundsätzlichen Fragen ergab, legte der Führer — zum lippischen Wahlkreis lebhaft beglückwünscht —

die große politische Linie fest, die für die Haltung der NSDAP und den Kampf der nationalsozialistischen Bewegung im neuen Jahre maßgebend sein wird.

Ausgehend von dem Grundgedanken, daß die eine Bewegung in der Regierung bestehe, auf der Macht beruhe, die außerhalb der Regierung hinter ihr stehe, betonte der

Führer den Willen und die Notwendigkeit, nach den gestrigen für die wirkliche Volkstimmung bezeichnenden Wahlergebnissen keine Sekunde vergeblich zu lassen, sondern am Feinde zu bleiben und den Kampf mit der größten Intensität weiter zu führen. Es sei nicht wahr, daß die nationalsozialistische Bewegung keine Siege mehr erringen könne. Ob man Siege erringe oder nicht und in welchem Ausmaß man sie erringe, darüber entscheide — wenn die grundsätzliche Zielsetzung richtig sei — ausschließlich der Wille zum Siege. Lippe sei dafür ein Beweis. Aber auch wenn die NSDAP gestern nicht einen Sieg, sondern eine Niederlage erlitten hätte, würde sie heute nicht anders handeln. Die nationalsozialistische Bewegung sei auf neue zum Angriff übergegangen und werde ihn auf der ganzen Linie mit verdoppelter Kraft weitertragen. Er selbst als Führer werde sich in diesem Kampf persönlich einsetzen bis zum Letzten und erwarte von allen Nationalsozialisten dasselbe. Als eine unzertrennliche und unerlöschliche Einheit werde die NSDAP vorwärts marschieren und ihr Ziel erreichen.

Amerika ruft den Völkerbund an

Kein Nachgeben der USA in der mandchurischen Frage

Washington, 17. Januar. Die amerikanische Regierung hat in einem Rundschreiben ihre sämtlichen diplomatischen Vertreter in Europa angewiesen, auf alle Anfragen zu erklären, daß die amerikanische Regierung an dem Standpunkt festhalte, wonach sie die Aneignung fremder Gebiete mit Waffengewalt nicht anerkenne.

Die „Exchange Telegraph Company“ erzählt aus sehr zuverlässiger amerikanischer Quelle in Genf, Präsident Hoover habe den Londoner amerikanischen Botschafter Mellon angewiesen, dem englischen Außenministerium mitzuteilen, daß nach Ansicht der amerikanischen Regierung in der Behandlung des sinesisch-japanischen Streitfalles bereits jetzt der Völkerbund verloren sei, daß alle Maßnahmen für eine Verhöhnung letztgültig seien und der Völkerbund nunmehr in Übereinstimmung mit dem Völkerbundsstatut handeln sollte. Mellon werde diese Anweisungen voraussichtlich dem Foreign Office mitteilen. Wie man glaube habe ferner der Pariser amerikanische Botschafter Shea ähnliche Anweisungen erhalten, die er dem Quai d'Orsay mitteilen solle.

Amerikanischer Schritt in Tokio

Washington, 17. Januar. Das Staatsdepartement gibt bekannt, daß Stimson aufgrund der amerikafeindlichen japanischen Pressepropaganda den amerikanischen Botschafter in Tokio dahin unterrichtet habe, daß die in Japan umlaufenden Gerüchte über amerikanische Waffenlieferungen und Anleihen in China im Falle der Kriegserklärung völlig unbegründet seien. Der Botschafter hat darauf in Tokio einen entsprechenden Bericht veröffentlicht. Das von einer japanischen Zeitung verbreitete Gerücht, wonach von amerikanischer Seite nichtamtliche Schritte in Tokio bezügl. einer neutralen Zone um die Philippinen unternommen worden seien, wird vom Staatsdepartement als Versuchsalien bezeichnet.

Nach Meldungen der chinesischen Presse gehen die Kämpfe im Fernen Osten weiter. 400.000 Chinesen zur Abwehr der japanischen Angriffe seien zusammengezogen. Neue japanische Truppenabteilungen haben Taonan passiert, die zum Kampf gegen die Freischärler in der Mandchurei bestimmt sind.

Eine programmatische Rede Görings

Weimar, 17. Jan. Reichstagspräsident Göring hielt am Montagabend in einer öffentlichen Kundgebung der NSDAP in der Weimar-Halle eine programmatische Rede, in der er zu dem Kabinett Schleicher und dem Fall Gregor Straffer Stellung nahm. Er führte u. a. aus: Einen Monat habe nun das deutsche Volk bereits das Kabinett Schleicher, von dem es geglaubt habe, es sei ein Kabinett des autoritären Staatsgedankens. Es sei aber nur bei den Hoffnungen und Versprechungen geblieben. Eine wirtschaftliche Aenderung könne nur durch eine politische Aenderung erreicht werden, indem der Marxismus vollkommen gebrochen und ein vollkommen neuer Geist in das Volk getragen werde. Ein System, das aus Verrat entstanden sei, könne kein Volk glücklich machen, zumal immer nur an dem Objekt des deutschen Volkes manövriert werde.

Reichskanzler von Schleicher sei, wie Reichstagspräsident Göring weiter ausführte, ein Kanzler der Mischung oder auch Vermischung. Immer rede er von neuen Projekten und vergesse dabei das Wichtigste, zu helfen, das denen, die heute noch auf eigener Scholle sitzen, diese erhalten bleibe. Getrieben werde politische Vergiftung, was der Fall Treviranus beweise, bei dem der Name Schleicher ja auch eine Rolle gespielt habe. Diese Täuschungen würden aber an der NSDAP zerschellen, da ihre Panzerung die Treue sei. Für einige Ministerjessel würde sich die NSDAP nicht einsehen. Schwer fälle ihm, dem Reichstagspräsidenten, zu glauben, daß gerade Gregor Straffer dieser Täuschung anheimgefallen sein sollte. Noch aus der letzten Gauleitertagung habe Straffer Schleicher als den großen Fallstrick der Nation bezeichnet, der nur die Vernichtung der NSDAP betreibe. Straffer habe es als sein Verdienst angesehen, daß der Führer klar erkannt habe, wer der wahre Schleicher sei. Deshalb sei es auch gut, daß dieser Mann an die Front gekommen sei; denn nun könne ihn die NSDAP bombardieren. Nur Stützung einer Regierung komme für die NSDAP nicht in Frage, weil sie die deutsche Seele durch alles Vernichtende führen wolle. Sie brauche die ganze Führung, um das weltanschauliche Ruder des deutschen Volkes herumwerfen zu können. Wenn es aber bei der Regierung nicht gefalle, der komme über Bord. Das Schiff aber führe weiter zur Rettung und Befreiung des deutschen Volkes.

„Deutschland ruft zu den Waffen“

Wie die Kypffhäuser-Rede des Kanzlers beurteilt wird

London, 17. Januar. Die Rede des Reichskanzlers von Schleicher auf der Reichsgründungsfeier im Sportpalast wird von der englischen Presse an hervorragender Stelle wiedergegeben. Besonders Gewicht wird auf die Erklärung Schleichers gelegt, daß Deutschland eine auf dem Wege der allgemeinen Dienstpflicht ausgeübte Militärbewegung, was besonders in den Ueberchriften zum Ausdruck gebracht wird, mit den Worten, wie „Deutschland und die allgemeine Dienstpflicht“. „Schleichers Herzenswunsch“, oder, wie die „Daily

Mail“ schreibt, „Deutschland ruft zu den Waffen“. In großer Aufmerksamkeit wird auch gemeldet, daß zugleich mit Hindenburg mehrere Mitglieder des Kaiserhauses, darunter der Kronprinz, an der Feier teilgenommen haben. Zu der Aeußerung, daß die deutsche Armee jahrelang den Feind von den Grenzen Deutschlands abgehalten habe, bemerkt die „Daily Mail“, die Deutschen hätten vergessen zu haben, daß die Russen ihre Grenze überschritten und Ostpreußen verwohlet hätten.

Neue „Niobe“

Berlin, 17. Jan. Ueber die Bauausführung des neuen Segelschiffes der Reichsmarine, die der Schiffswerk und Maschinenfabrik Blohm u. Rosb. Hamburg, von der Marineleitung übertragen worden i. werden jetzt nähere Einzelheiten bekanntgegeben.

Das Schiff wird als Dreimastbarck mit zwei durchlaufenden Decks, Back und Mitte nach der höchsten Klasse des Germanischen Lloyd's gebaut. Es erhält alle erforderlichen Sicherheitseinrichtungen. Die Abmessungen sind: Länge 78 Meter, Länge zwischen den Masten 62 Meter, größte Breite 12 Meter, größter Tiefgang in voll ausgerüstetem Zustand 5 Meter, bei einer Wasserverdrängung von etwa 1500 Tonnen. Ein Dieseldieselmotor, Typ Man, wird dem Schiff eine Geschwindigkeit von etwa 8 Seemeilen erteilen. Das Schiff erhält Einrichtungen für eine Besatzung von 326 Mann.

Seltener Unglücksfall

Barel (Oldenburg), 17. Januar. Ein seltener Unglücksfall, der zwei Menschenleben kostete, ereignete sich am Sonntagabend in Barel. Im Barel'schen Krankenhaus hatte der Arzt Dr. Bufen eine Operation vorzunehmen, um einen Stimmabgab zu entfernen. Hierbei entdeckte Dr. Bufen eine

starke Eiterung im Halse des Patienten, die nach vorn durchzudringen drohte. Wäre diese Eiterung nicht geschnitten worden, so wäre der Erstickungstod eingetreten. Während dieser etwa eine Stunde in Anspruch nehmenden Operation wurde Dr. Bufen von einem plötzlichen Unwohlsein befallen. Er begab sich in ein anderes Zimmer, wo er von einer Dienstmacht besessen wurde. Wenig später verlor er an einem Herzschlag. Ein zweiter Arzt konnte den Patienten nicht mehr retten, so daß derselbe infolge Verblutung ebenfalls verstarb. Es besteht auch die Möglichkeit, daß sich Dr. Bufen bei der Operation eine Blutvergiftung zugezogen hat, da er eine kleine Wunde an der Hand aufwies und über Schmerzen an der Hand klagte. Dr. Bufen war 38 Jahre alt und schon seit mehreren Jahren im Barel'schen Krankenhaus tätig.

Breslauer Studenten streifen

Breslau, 17. Januar. Eine Vollversammlung der Studenten der Technischen Hochschule Breslau sollte gestern den Beschluß in den Streik zu treten und die Vorlesungen am Montag bis 20 Uhr nicht zu besuchen.

Der Beschluß hat folgenden Wortlaut: „Die Studentenschaft der T. H. tritt am Montag, den 16. Januar, bis vorläufig 20 Uhr geschlossen in den Generalstreik. Der Generalstreik richtet sich nicht gegen die Professorenenschaft der T. H., sondern gegen den Beschluß des Ministeriums, T. H. und Universität zusammenzuliegen.“

Vater geht mit beiden Söhnen in den Tod

Kürnberg, 17. Januar. In seiner Wohnung in der Holzgartenstraße wurde am Montag vormittag der verwitwete Fabrikant Jutzrenka mit seinen beiden Söhnen im Alter von 12 bis 14 Jahren mit Gas vergiftet tot aufgefunden. Der Fabrikant Jutzrenka hatte den Gas Schlauch in das Schlafzimmer seiner Kinder geleitet und sich dann ins Bett gelegt. Das Motiv zur Tat ist noch unbekannt.



Die berühmte Sportfliegerin Miss Spodner gestorben. Miss Winifred Spooner, die hervorragende englische Sportfliegerin, starb, 23jährig, an der Grippe, die zur Zeit in England überall Opfer fordert. Miss Spooner spielte vor allem beim Europaflug 1930 eine große Rolle, bei dem sie fast durchweg in der Spitzengruppe lag.

England soll zum Goldstandard zurückkehren

London, 17. Januar. Der Washingtoner Berichterstatter des „Daily Telegraph“ meldet über die Stimmung Amerikas in der Schuldenfrage, daß Politiker, Diplomaten und Beamte von der Dringlichkeit des Falles überzeugt seien. Hoover, der täglich 40-50 Empfänge habe, widerlege sich der Einsetzung eines Schuldenausschusses, wie ihn Hoover beabsichtigt habe, und verspreche sich mehr Erfolg von nicht-offiziellen Konferenzen. In Washington sei man überzeugt, daß die Politik der Eintreibung der vollen Schuldenschulden schon tot sei.

Selbst die Senatoren, die am lautesten nach Rückzahlung der an Europa geliehenen Gelder schrien, seien sich darüber klar, daß es sich entweder um ein nichtiges Kompromiß oder um Zahlungsverweigerung handle. Man glaube, daß es für Amerika am besten wäre, wenn es die Schuldenfrage mit der Forderung nach dem Goldstandard verbinde. Englands Rückkehr zum Goldstandard bedeute für Amerika mehr als die ganzen Kriegsschulden, und die Vereinigten Staaten seien bereit, hierfür erhebliche Zugeständnisse zu machen.

Neuer französischer Handelsvertrag tritt in Kraft

Rehl, 17. Jan. Den französischen Botskämtern ist am Freitag der bereits am 4. Januar veröffentlichte Erlaß über

die Durchführung des deutsch-französischen Zahlungsabkommens offiziell zugegangen. Dieses Abkommen wird sich in nächster Zeit außerordentlich unangenehm bemerkbar machen, weil die zahlreichen laufenden Inseltransporte noch nicht von den nun vorgeschriebenen Dokumenten begleitet sind. Das deutsch-französische Zahlungsbüro für den Handelsverkehr wird nun solche Mengen von Anträgen zu erledigen und Zahlungen zu verbuchen haben, daß Störungen beim Export unvermeidlich sind. Bis der neue Finanzapparat richtig funktioniert, rechnet man mit einem Ausfuhrückgang bis zu 50 Prozent. Frankreich wird die Einfuhr einer ganzen Reihe von Fertigwaren und Rohstoffen künftig nur dann genehmigen wenn bei dem genannten Zahlungsbüro 10 Prozent des Rechnungsbetrages der einzuführenden Ware einbezahlt worden ist, unter gleichzeitiger Einreichung eines Einfuhrgeuches, in fünfacher Ausfertigung. Da auch die Regelung des rechtlichen Rechnungsbetrages nur über das neue Zahlungsbüro in Paris oder über die Reichsbank erfolgen kann, ist somit ein direkter Geld- und Ueberweisungsverkehr zwischen deutschen und französischen Handelsfirmen unterbunden.

Bieden sieht den Tod

20 Ein Theaterroman von Hanns Heinz Wolsfram

„Gibts nicht, Herr Doktor! Ober... Sie fallen für dauernd in Unnade und ich lade Sie nie mehr ein!“

Dr. Schüllers Gesicht wurde, ohne daß er es wollte, abweisend. Es ärgerte ihn, daß Rita glaubte, ihm sei es die höchste Ehre, Gast des Hauses Reichenberg zu sein.

Rita war feinnerbig. Sie spürte es sofort, daß Widerstand in dem Mann erwachte und es reizte sie doppelt, ihn an sich zu fetten.

„Oder kommen Sie nicht gerne zu uns?“

Dr. Schüller antwortete nicht auf die Frage. Schließlich raffte er sich auf und sagte langsam: „Mein gnädiges Fräulein, darf ich Sie zu Stiller begleiten?“

„Das ist keine Antwort, Herr Doktor!“

„Dazu haben wir immer noch Zeit, wenn wir einander drin gegenüberstehen. Hier regnet es. Die Straße taugt nicht zum Austausch der Meinungen.“

Sie betraten das Lokal und wurden mit lautem Halloß empfangen, denn eine Reihe Kollegen waren anwesend. Sie nahmen etwas abseits an einem kleinen Tisch am Fenster Platz.

Der Kellner kam. „Was trinken wir?“ fragte Schüller.

„Kaffee... mit Schlagfabne? Etwas Gebäd?“

„Danke, nur einen Kaffee!“

„Mir dasselbe“ bat Schüller, und der dienstbare Geist eilte weg, um bald die gewünschten Tassen zu bringen.

Rita nippte an der Tasse, dann sah sie Schüller durchdringend an.

„Sie sind mir eine Antwort schuldig, Doktor!“

„Das bin ich! Ganz recht! Wie soll ich Ihnen nur antworten? Am bequemsten wäre doch, ganz konventionell entrüstet abzulehnen... zu sagen: Aber was denken Sie denn, mein gnädiges Fräulein. Bei Ihnen ist es so schamant! Ich komme jederzeit gerne wieder.“

„Gern! Ich... bin auch dafür, und drum bitte ich Sie, laden Sie mich nicht wieder ein!“

„Das ist eine Beleidigung!“

„Nein!“ antwortete Dr. Schüller ruhig. „Das ist es nicht... das soll es nicht sein. Ich schätze Gastfreundschaft! Und ich habe das Gefühl, daß die Gastfreundschaft, die das Haus Reichenberg den Künstlern bietet, gern gegeben wird. Aber Gastfreundschaft verpflichtet auch... und ich... ich stehe im Anfang meiner Laufbahn und ich muß frei schaffen.“

Rita hatte ihn bei seinen Ausführungen nicht aus den Augen gelassen.

„So, das also ist es!“

„Ja!“

„Nein, Doktor, Sie lügen... das war nicht die Wahrheit... nicht allein das! Ich weiß, ich fühle es, was Sie... haben einen anderen Grund. Ja, leugnen Sie nicht! Sie fürchten sich... vor mir!“

Herausfordernd sah sie ihn an, wie die Siegerin. Mit einem Knick wollte sie ihn binden, den Spröden, der sich nicht binden lassen wollte.

Sie ahnte nicht, daß dieses Wort zu offen verriet, was hinter ihm stand, daß dieses Wort dem Manne die letzte Unfreiheit nahm.

„Nein!“ sagte Dr. Schüller kalt. „Sie irren sich. Warum soll ich Sie fürchten? Sie sind eine schamante, hübsche junge Dame, sogar schön. Ich fürchte Sie nicht!“

Ritas Augen glühten auf wie die einer Tigerkätz.

„Ich fürchte überhaupt keine Frau. Ich... Sie haben mich falsch eintariert, meine Gnädige. Ich bin nicht ganz wie die andern, die ein hervorragendes Diner, eine Flasche Champagner, eine echte Zigarre, die ihnen geboten wird, überschätzen! Daran liegt mir nichts. Ich bin nicht reich, aber von Haus aus gut situiert. Wenn ich in die Gesellschaft gehe, dann suche ich den Menschen, mit dem mich ein geistiges Band verbindet, Menschen, denen ich Freund sein könnte... nicht...!“

„Was nicht!“ stieß sie heftig hervor, Haß im Ton.

„Nicht das Amüsement!“ antwortete er herb. „Ich kann auch lustig sein... ja, ich kann es... aber wenn ich an die Stimmung, diese frivole Stimmung des geselligen Abends denke, in ihrer trunkenen Ausgelassenheit, obwohl man eben einen Kollegen, mit dem man im Leben manche schöne Stunde verlebte, der auch gern froh war und lachte, sterben sah... nein, nein... noch einmal nein... ich kann das nicht mit anschauen und erleben. Es war zuviel für mich.“

„Genug ist alles!“ antwortete das Mädchen zynisch. „Seien wir doch offen... was ist Herz... ein erlogenes Ding... wir sind nur Nerven, weiter nichts, und unsere Kunst ist, daß sie richtig vibrieren. Es klingt nicht gut, wenn wir es aussprechen... und es ist doch so! Gut und schlecht, was ist das? Alles daselbe!“

„Nicht daselbe!“ entgegnete er erbittert. „Wär's daselbe... wahrscheinlich alles Leben wäre ohne Sinn. Sie sind offen... gut! Das schätze ich an Ihnen. Sie hängen sich nicht einen Mantel um, wie es die meisten tun... gut, das erkenne ich an. O glauben Sie mir, ich weiß, daß mit nichts mehr Spott getrieben wird wie mit des Herzens heiligsten Gütern... der Liebe, der Güte, des Mitleids. Ja, ja, das weiß ich, und Tag um Tag will mich dieser breite, graue Strom von menschlicher Niedertracht, zusammengefaßt aus Eitelkeit, Schamlosigkeit, Gier und Niedertracht verschlingen, aber ich wehre mich dagegen. Viel Glauben habe ich verloren, aber den Glauben an das Gute nicht.“

„Marion müßte Sie hören!“ lachte Rita schrill auf. „Die würde Sie vergöttern!“

„Ich bin kein Mensch, den man vergöttert. Dazu bin ich... zu... zu nüchtern; ich kann keine Illusionen erwecken, und ich kämpfe gegen die Lüge. Herrgott, man muß ja zu oft noch lügen. Ich möchte ganz los davon.“

„Also eines haben wir gemeinsam, Doktor, den Drang nach der Wahrheit... Sie zum Guten... und ich... nun... offen... in Ihren Augen zum Schlechten.“

„Ich kenne Sie einen Tag... ich weiß es nicht!“

„Warum denn lügen, Doktor!“ heftig stieß es Rita hervor. „Sagen Sie es doch offen... so offen wie ich es ausspreche, daß ich... ich Sie habe... Sie an mich binden will! Ja, Sie gefallen mir... Sie gehören zu der Gattung Mann... aber ich fühls, wir Frauen haben da ein feines Gefühl. Sie sind vielleicht auch ein Mann... den wir Frauen als Mann empfinden... das uns zwingt, uns dem Mann...!“

Ein Ekel ohnegleichen packte Schüller.

„Genug, genug!“ sagte er, und sein Atem ging schwer.

„Treiben wir die Offenheit nicht auf die Spitze!“

„Doch... Offenheit! Befennen Sie doch... Sie... hassen mich! Sie verabscheuen mich!“

„Ich will darüber nicht nachdenken!“

„Also ja...!“

Aus Ettlingen-Stadt und Land

Die verzweifelte Lage vieler Familien und der dadurch bedingte Rückgang in der Volkstrast

hat den Reichsbund der Kinderreichen Deutschlands veranlaßt, zum Reichsgründungstage sich mit einem öffentlichen Aufruf an das ganze Volk zu wenden. Die kinderreichen Familien fühlen sich dabei auf die Tatsache, daß nach den statistischen Feststellungen die Geburtenzahl bei 1000 Einwohnern schon von 42 auf 16 gesunken ist und daß von den jungen Ehen der letzten 5 Jahre 40 Prozent kinderlos geblieben sind. Das ist nicht verwunderlich, da nicht alle in die Entwicklung der Wirtschaft die Erhaltung einer großen Familie immer mehr erschwert, sondern auch Gesetze und Verordnungen von Jahr zu Jahr kinderfeindlicher geworden sind. Ob gewollt, oder ungewollt, jedenfalls aber tatsächlich sind die Kinderreichen mit Abgaben im Verhältnis weit stärker belastet, als weniger Kinderreiche und Kinderlose. Ja, indem man fürchtet, daß unterkürzte Kinderreiche mehr an Unterstützung beziehen könnten, als Kinderarme verdienen, hat man bestimmt, daß Kinderzuschläge bei Unterhaltungen höchstens für die ersten 5 Kinder gezahlt werden dürfen, während die weiteren leer ausgehen.

Der Bund der Kinderreichen fordert unter Hinweis auf Artikel 119 der Reichsverfassung einen Ausgleich der Familienlasten, eine gerechte Berücksichtigung der Familienoberhaupt abhängigen Vermögenszahl bei Steuern und Abgaben, eine besondere Wohnungsfürsorge für die Kinderreichen, die als Mieter überall abgewiesen werden und staatliche Erziehungsbeihilfen unabhängig von Lohn und Gehalt.

Der Verein der Neueste Ettlingen hatte am Sonntag, den 15. Januar 1933, nachmittags 3 Uhr seine Winter- und Winterinnen zur Ratungemäßen Generalversammlung in dem unteren Saale des Gasthauses zum „Mitter“ eingeladen, die einen guten Besuch aufwies. Der erste Vorsitzende Karl U. hieß die Erschienenen herzlich willkommen und dankte für deren Erscheinen. In gewählten Worten gedachte der erste Vorsitzende den im vergangenen Vereinsjahr verstorbenen Mitgliedern und zwar: Franz Josef Eisenlohr, Hauptlehrers-Witwe, Friedrich Schmidt, Oberpostsekretär, Anton Heiser, Bäckermeister, Heinrich Beder, Schmiedmeister und hat die Anwesenden, zum ehrenden Gedenken sich von ihren Söhnen zu erheben, was geschah. Nun trat man in die Tagesordnung ein, die folgende Punkte umfaßte: 1. Bericht des Schriftführers; 2. Bericht des Kassiers; 3. Neuwahlen; 4. Ermäßigung des Vereinsbeitrags und 5. Verschiedenes. Schriftführer Baur eithel erstattete den Vereinsbericht, Kassier Glasfetter den Rechenschaftsbericht, aus dem hervorging, daß er die Kasse mit Umsicht verwaltet hat. Vielen Herren wurde vom Vorsitzenden der geziemende Dank ausgesprochen und dem Kassier Entlastung erteilt. Die Wahlen gingen glatt von Station und wurden die bisherigen Herren: Adolf Dillmann, zweiter Vorstand; Hermann Glasfetter, Kassier; die Verwaltungsräte Franz Beder, Adolf Bauringer und Adolf Westermann einstimmig wiedergewählt. An Stelle von J. Frank, der eine Wiederwahl ablehnte, wurde Gustav Kern, an Stelle von Rudolf Dreßler, Anton Müller in den Verwaltungsrat gewählt. Der Vereinsbeitrag wurde auf 2.— M. jährlich festgelegt. Unter Punkt Verschiedenes wurde manches erörtert. Aufklärung über die gestellten Fragen wurde jeweils vom Vorsitzenden gegeben. Gegen 6 Uhr hatte die Versammlung ihr Ende erreicht.

Strasverfahren gegen Abgeordnete. Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: In der Öffentlichkeit ist bemängelt worden, daß das Justizministerium und der Generalstaatsanwalt über die gegen den Landtagsabgeordneten von Au erstattete Anzeige nicht unterrichtet waren und davon erst in letzter Stunde, kurz vor der entscheidenden Sitzung des Landtages, Kenntnis erhalten haben. Die bisher bestehenden Dienstvorschriften sahen lediglich vor, daß die Staatsanwaltschaften über jede förmliche Einleitung oder Wiederaufnahme eines Verfahrens gegen einen Abgeordneten dem Justizministerium zu berichten haben. Es ist nunmehr angeordnet worden, daß das Justizministerium über jede gegen einen Abgeordneten erstattete Anzeige auch dann zu unterrichten ist, wenn wegen der Immunität ein Verfahren förmlich noch nicht eingeleitet werden kann. Die bisher bestehende Lücke in den Dienstvorschriften ist damit ausgefüllt.

Ermäßigung des Exprekats und des Gepäcktarifs. Mit Wirkung vom 15. Januar ist der Exprekats tarif ermäßigt. Dabei wurden die Einheitsätze bei einer Reihe von Entfernungsstufen gesenkt und bis zu 20 Kilo Gewichtsstufen von je 1 Kilo an Stelle der jetzigen 5 Kilo-Stufen eingeführt. Eine starke Ermäßigung ist bei schweren Sendungen auf große Entfernungen eingetreten. Die Mindestfracht für allgemeines und ermäßigtes Exprekats ist auf 40 Pf. herabgesetzt. — Gleichzeitig ist der Gepäcktarif bis zu 15 Prozent ermäßigt und eine weitere Gewichtsstufe von 15 Kilo aufgenommen. Die Mindestfracht beträgt künftig 30 Pf., beim ermäßigten Mukterkofferntarif 20 Pf. Nähere Auskunft geben die Bahnhöfe.

Spezial, 16. Jan. Der Gesangsverein „Germania“ brachte gestern im „Adlersaal“ seine für die Weihnachtsfeier eingelebten Theaterstücke „Der Weihnachtsengel in der Schneehütte“ und „Die schöne Müllerin“ zum zweiten Male zur Aufführung. „Erfreulicherweise durfte er auch Gäste aus Reichenbach, Neurod und der Umgebung begrüßen. — Im Jahr 1932 wurden in der Gemeinde Spezzart 16 neue Erdenbürger geboren; es erfolgten 6 Eheschließungen. Der Tod raffte 13 Personen hinweg.

Reichenbach, 16. Jan. Der Gemeinderat hatte wegen einer Änderung im Bezug des Bürgermeisters am Sonntag nachmittag eine Bürgerversammlung einberufen. Nach der Gemeindeordnung müssen zur Beschlussfähigkeit solcher Versammlungen mindestens die Hälfte der Abstimmungsberechtigten anwesend sein. Da dies nicht der Fall war, ist eine zweite Versammlung notwendig geworden, die auf Mittwoch, den 18. Jan., in den „Sonnensaal“ einberufen ist. In dieser Bürgerversammlung werden die nächstschleunigsten Stimmberechtigten für Annahme der Vorlage mitgezählt. Wennalso weniger als die Hälfte erscheinen, ist die Vorlage angenommen. — Dem am letzten Sonntag erschienenen Bürger hielt Herr Steuersekretär Waible einen lehrreichen Vortrag über die Steuerergüsse und ihre Verwendung. Ferner benutzte man die Zusammenkunft zur Wahl des Vertreters in die Miltach-Bezirksgenossenschaft. Als solcher wird Herr Adrian Beder entsandt werden.

Malsch, 16. Jan. Heute wird das Bürgerabholz ausgelöst, das in den verschiedenen Gewannen des Waldes steht. — Der milchwirtschaftliche Zusammenstoß Miltachens soll auf Grund des Milchgesetzes organisiert werden. Am gestrigen Sonntag haben hier die Vertreterwahlen stattgefunden. Für nachmittags 1 Uhr waren alle Landwirte, die Milch in den Verkehr bringen, in den Rathausaal eingeladen zur Besprechung über die Vertreterwahl. Der gewählte Landwirt ist als Vertrauensmann der

Die Eisenbahner im Ruhrkampf

Ihre Leistungen vor 10 Jahren sollen heute nicht vergessen sein

Anlässlich der Wiederkehr des Tages, an dem vor zehn Jahren der passive Widerstand im Ruhrkampf einsetzte, hat die Deffentlichkeit aller beteiligten Bevölkerungskreise gedacht und ihnen nachträglich Anerkennung gezollt. Es dürfte der Gerechtigkeit entsprechen, der besonderen Leistungen der Beamtenenschaft und vor allem der Eisenbahnbeamtenenschaft in diesem großen Abwehrkampf noch einmal kurz zusammenfassend Erwähnung zu tun. Die deutschen Eisenbahnbeamten standen an vorderster Stelle des Widerstandes und an ihnen ließ sich in erster Linie Erbitterung u. Mut der Gegner aus.

Aufgrund amtlicher Aufstellungen ist festzustellen, daß insgesamt 40 448 Ausweisungen erfolgten; in dieser Zahl sind die mit ausgewiesenen Familienmitglieder nicht enthalten, so daß insgesamt etwa 130 000 Personen ausgewiesen sein dürften. Von der Gesamtzahl der Ausgewiesenen entfielen 6,92 v. H. auf Privatpersonen, während 93,08 v. H.

auf Beamte entfielen. Von der Gesamtzahl der ausgewiesenen Beamten entfielen 79,74 v. H. auf Eisenbahnbeamte. Es wurden ausgewiesen:

Behörde:	Altbelegtes Gebiet:	Einbruchsaufkommen:
Reichsverkehrsverwaltung	20 243	6 290
Reichspostverwaltung	369	187
Reichsfinanzverwaltung	2 487	97
Preussische Verwaltung	1 715	5 519
Sonstige	651	62
		Zusammen: 87 650

Diese Uebersicht zeigt den außerordentlich starken Anteil der Eisenbahnbeamtenenschaft und beweist die überragende Rolle, welche die Eisenbahnbeamtenenschaft und ihre Organisationen in diesem heroischen Kampfe gespielt haben.

Milcherzeuger der Gemeinde zu betrachten und ist auf drei Jahre gewählt. — Mit der Annahme des Projekts der Vertiefung des Landgrabens zur Entwässerung des Hurst hat Malsch das Anrecht auf rund 19 000 Tagewerke erlangt. Zwar mußte die Gemeinde eine Kostenbeteiligung von 26 000 Reichsmark übernehmen, aber die Gemeindefürsorge erfährt eine Entlastung um etwa 9000 RM. Der Vorteil für die Gemeinde ist so einleuchtend, daß alle Parteien einig waren in der Genehmigung der Vorlage. Zum Gesamtwerk leistet der Staat 19 500 RM. Zuschuß. Die kulturelle Verbesserung des Geländes wird hoch eingeschätzt. Bürgermeister Bessler dürfte für seine Förderung des nun sofort in Angriff genommenen Werkes ein unbestrittenes Lob hören.

Durmersheim, 17. Jan. (Ein Kind vom Auto überfahren.) Gestern nachmittag wollte das Kind des Kaufmanns Adolf Melcher die Straße überqueren und geriet durch einen unglücklichen Zufall in ein Auto. Nachdem das Kind einem Motorrade auswich, kam das Auto daher und überfuhr es. Sofort wurde ärztliche Behandlung in Anspruch genommen. Neben schweren inneren Verletzungen hat es noch äußere am Kopf, Händen und Füßen. Man hofft, das Kind am Leben zu erhalten, trotzdem die Verletzungen schwerer Natur sind. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Erkennungskampf der Zivilversorgungsberechtigten

Man schreibt uns von interessierter Seite: Bekanntlich hat der Staat durch entsprechende Gesetze dafür Sorge getragen, daß die ausgeschiedenen Soldaten, ebenso wie bestimmte Gruppen von ausgeschiedenen Polizeibeamten, sowie viele Schwerkriegsbeschädigte nach dem Ausscheiden bzw. auf Grund ihres Kriegseinsatzes im öffentlichen Dienst weiterverwendet werden. Die Erfüllung dieser gesetzlichen und vertraglichen Verpflichtung und Zusage des Staates gerät seit einigen Jahren immer mehr in Verzug, weil die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen nicht ausreichen, um die aus Wehrmacht und Polizei ausgeschiedenen Soldaten und Polizeibeamten in nicht allzulanger Zeit nach dem Ausscheiden unterzubringen.

Das war der Grund, weshalb die Reichsregierung durch Verordnungen vom 1. 12. 30., 23. 12. 31 und 4. 11. 32 Maßnahmen zur Verbesserung der Zivilversorgung getroffen hat.

Diese Maßnahmen bestanden in Einbeziehung der Sozialbehörden in den Kreis der Behörden, die zur Anstellung von Versorgungsanwärtern verpflichtet sind, und Erhöhung des Anteils an Beamten- und Angestelltenstellen, der mit ausgeschiedenen Soldaten, Polizeibeamten und Schwerkriegsbeschädigten zu besetzen ist.

Es ist ohne weitere Erläuterung klar, daß zwischen der Erkennungsförderung ausgeschiedener Soldaten und Polizeibeamten und der Erhaltung einer guten Wehrmacht und guter Schutzpolizeien wichtige und staatspolitisch bedeutsame Zusammenhänge bestehen.

Es muß auf die Wehrmacht und Schutzpolizeien verhängnisvoll rückwirken, wenn viele tausend dieser im Waffendienst geschulter Männer im besten Lebensalter latentlos auf der Straße sitzen und schließlich staatsfeindlichen Bestrebungen in die Arme getrieben werden. Militärisches Proletariat ist schon immer eine große Gefahr für den Staat gewesen.

Obwohl die Sozialdemokratische Fraktion bei den verschiedenen Anlässen z. B. auf Tagungen der Organisation der Versorgungsanwärter, aber auch bei Beratungen des Haushalts des Reichswehrministeriums im Reichstag immer wieder betonte, daß sie die Notwendigkeit der Zivilversorgung ohne ausgeschiedenen Soldaten und Polizeibeamten anerkenne, hat sie nun im Reichstage zwei Anträge eingebracht, die zum Ziele haben, die Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. 12. 30 und 4. 11. 32 aufzuheben, also die Sozialbehörden wieder von der Pflicht, Versorgungsanwärter einzustellen, freizumachen und außerdem die Vorschriften zu beseitigen, die eine härtere Berücksichtigung der Versorgungsanwärter bei Besetzung der Beamten- und Angestelltenstellen erreichen wollen.

Wie notwendig aber diese Maßnahmen waren, ist schon allein daraus zu ersehen, daß die Wartezeiten der Versorgungsanwärter, also die Zeiten vom Ausscheiden bis zur Einberufung in den öffentlichen Dienst 4 bis 6 und mehr Jahre betragen. Das scheint die SPD ebensowenig zu stören, wie die staatspolitisch höchst bedenkliche Ausbreitung eines militärischen Proletariats. Wie wenig Anlaß die SPD aber zu diesem Vorstoß und zu dem Gehäse von den „vorzugenen Versorgungsanwärtern“ hat, beweist die Tatsache, daß unter rd. 300 000 deutschen Wehrdienstangehörigen nach amtlichen Erhebungen Ende 1931 nur 16 000 Versorgungsanwärter waren. Wer ist da wohl bevorzugt?

Man sieht nunmehr, daß die Wehrfreundlichkeit der SPD und ihr Bekenntnis zur Zivilversorgung doppelstimmig sind. Die nächsten Wochen werden den Wehrmachtangehörigen und Polizeianghörigen einen lehrreichen Anschauungsunterricht darüber erteilen, wessen Befennnisse zur Wehrmacht und zur notwendigen Erkennungsförderung der ausgeschiedenen Soldaten, Polizeibeamten und Schwerkriegsbeschädigten christlich gemeint sind.

In Fußig (Polen) wurden der Bootsmann Klopotowski, der Milenbesitzer Priebe und der Kaufmann Koch aus Datzig wegen Spionage zum Tode verurteilt. Das Urteil an dem Bootsmann wurde bereits vollstreckt.

Zum Verkehrsunglück Ettlingen — Bruchhausen

Herr Dixi! Den Ausführungen im „Kurier“ Nr. 8 und 9 kann ich in allen Teilen beistimmen. Es stimmt vollkommen, daß an dem fragl. Unglückstage in der Bruchhäuser Gegend sehr starker Nebel war, während die Strecke Ettlingen-Karlsruhe klar war. Das sind örtliche Nebel. Gerade in der Zeit, in welcher das bedauerliche Unglück passierte, herrschte für 2 Wochen Nebelwetter und der ganze Verkehr hätte unterbrochen werden müssen. Der Kraft- oder Kraftwagenbesitzer würde sich freuen, dem Steueramt gegenüber zu sagen: es war 2 Wochen Nebel, wofür ich keine Steuer zu zahlen brauche, denn ich konnte ja nicht fahren. In dem fragl. Wetter fuhr ich selbst jeden Tag und habe dabei festgelegt, daß wenn ich in Ettlingen wegfuhr, harter Nebel herrschte, während Karlsruhe nebelfrei war. Ein andermal fuhr ich in Karlsruhe weg, welches dicht in Nebel gefüllt war, zwischen Rippurr und Ettlingen dagegen herrschte klares Wetter.

Was Sie da von Ihrem Neffen aus Amerika erzählen, stimmt nicht, denn wenn er Ihnen sagte, in Amerika „da ist gar nichts“, hat er Sie angelogen oder richtig „aufgeschritten“. Im Gegenteil, dort hat man noch viel mehr und größere Warnungszeichen; auch hat man Bahnschranken, allerdings keine Gitter daran hängen. Bei Dunkelheit wird in der Mitte vom Schrankenbaum eine rote Laterne angehängt, welche sich in Schrankenhöhe befindet und jeder Fahrer weiß, daß die Schranke geschlossen ist. Wird die Schranke hochgezogen, so schwebt das rote Licht in der Luft. Sind keine Bahnschranken vorhanden, dann hat man die großen, feilich angebrachten beleuchteten, weithin sichtbaren Warnungsfrenze „Railroad Crossing“ (Bahnübergang), oder „Danger, Stop, Look, Listen“ (Gefahr, Halt, Umhören, Aufhören“), dabei möchte ich bemerken, daß jeder Lokomotivführer beim Herannahen eines Bahnüberganges die Dreiflangensirenen ziehen muß. Auch findet man die Warnungstafeln „Railroad crossing 200 feet ahead“ (Bahnübergang 200 Fuß entfernt). Ferner hat man die roten Blinklichter, welche beim Herannahen eines Zuges automatisch aufleuchten, was wohl die sicherste Einrichtung ist. Nur darf dann beim Passieren eines Zuges so lange nicht gekreuzt werden, bis die weißen Blinklichter aufleuchten. Es ist schon passiert, daß nach dem Passieren eines Zuges, ohne den Befehl der Richter abzuwarten, jemand den Bahnübergang kreuzt und im selben Moment kommt ein Zug aus Gegenrichtung und das Unglück war geschehen. Natürlich haftet die Bahn dann nicht mehr. Also entweder Bahnüber- oder -unterführung oder das automatische Blinklicht.

Uebrigens wie stellen Sie sich denn das vor, wenn ein Deutscher gleich nach Amerika kommt und sofort, ohne die Verkehrsvoorschriften zu kennen, Auto fährt? Fahren Sie doch einmal nach Frankreich, Schweiz usw., muß man sich da nicht auch erst an anderes gewöhnen? USA. (Wir haben dieser Zuschrift nochmals Raum gegeben, weil damit ein Kenner der amerikanischen Verhältnisse das Wort ergreift. Die Redaktion.)

Zur Reichsgründungsfest

Beflaggung der Dienstgebäude.

Das Staatsministerium hat beschlossen, daß jeweils aus Anlaß der Wiederkehr des Tages der Reichsgründung, 18. Januar, die staatlichen Dienstgebäude des Landes beflaggt werden. Ebenso sollen auch die amtlichen Gebäude der Städte und Gemeinden an diesem Tage beflaggt werden.

Aus der Landeshauptstadt

Die politischen Aufmärsche

am Sonntag machten erhöhte polizeiliche Sicherheitsmaßnahmen erforderlich. Während der Aufzug der Eisernen Front in den späten Vormittagsstunden im allgemeinen ohne Störungen verlief, kam es am Nachmittag beim Aufmarsch der SA. und der Hitler-Jugend an mehreren Stellen der Stadt zu Zwischenfällen mit politischen Gegnern. Die Polizei mußte u. a. auf der Kaiserstraße und Kaiseralle, beim Gutenbergplatz und vor der Festhalle Streitigkeiten schlichten, die zum Teil in Schlägereien ausartet waren. Bei den tätlichen Auseinandersetzungen wurden mehrere Personen verletzt. Neun Personen mußten festgenommen werden. Auch nach Beendigung des Aufzuges kam es in den Abendstunden an verschiedenen Stellen zu weiteren Zwischenfällen. Größeren Umfang nahmen Streitigkeiten an zwischen Angehörigen der SA. und der Eisernen Front gegen 11 Uhr abends in der Schützenstraße. Auch hierbei wurden mehrere Personen durch Messerstiche verletzt. Der Notruf stellte die Ordnung wieder her.

Turnen * Sport * Spiel

Deutsche Jugendkraft

Die Fußball-Resultate vom Sonntag.

Gauklasse 1. Mannschaften.

Ettlingen — Dichtental 2:3; Baden-West — Karlsruhe-Süd 2:4; Bietigheim — Achern 2:2; Gaggenau — Baden-Dos 4:4; Bruchsal St. Peter — Karlsdorf 1:1; Grünwinkel — Karlsruhe-Ost 10:0; Mittelfeld — Reichenbach 2:1; Daxlanden — Erlingen 9:4.

Gauklasse 2. Mannschaften.

Ettlingen — Dichtental 3:2; Baden-West — Karlsruhe-Süd 5:1; Bietigheim — Achern 2:2; Mittelfeld — Reichenbach 4:3.

Klasse 1. Mannschaften.

Beingarten — Malsburg 2:7; Karlsruhe-West — Au a. Rhein 2:4; Ettlingenweier — Spezzart 2:1; Bretten — Ditzingen 3:3; Gaggenau — Weier 0:1; Waldprechtweier 1. Malsch 1. 1:7 (1:3).

Badischer Landtag

Neuengänge im Badischen Landtag

Die Zentrumsfraktion hat im Badischen Landtag einen eingehend ausgearbeiteten Antrag über Maßnahmen zur Bänderung der Wirtschaftslage eingereicht, der sich nicht nur auf die Erhaltung von Siedlungen, auf die Förderung von Notstandsarbeiten, auf die Berücksichtigung Badens bei der Auftragsverteilung der Reichspost und der Reichsbahn bezieht, sondern der auch die einseitige Regelung der Arbeitszeit, die Frauennarbeit das Doppelverdienereisen, die Schwarzarbeit u. a. zum Gegenstand hat. Weiter hat das Zentrum Anträge eingebracht, die die Leistungen der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung und die Erhebung der Arbeitslosenabgabe und der Bürgersteuer zum Gegenstand haben. In einer förmlichen Anfrage des Zentrums wird die Veranlassung der oberbadischen Grenzindurie durch Verweigerung von Steuergutschriften angeknüpft. — Die Sozialdemokratische Landtagsfraktion hat ihren kürzlich eingereichten Antrag über die Aufstellung eines Arbeitsprogramms infolgedessen ergänzt, als sie aus den verschiedenen Landeskommissariatsbezirken Vorschläge für Straßenbauten, Kanalisationsarbeiten, Verbesserung der Wasserwerke, Erstellung von Neubauten usw. macht. Weiter ist von der SPD-Fraktion ein Antrag eingegangen, wonach der Kreis Arbeitsdienst bei der Stauffe Reckarzinieren schnellstens aufgelöst und die Arbeiten dieser Stauffe im Wege der normalen Arbeitsregelung durchgeführt werden sollen.

Aus Baden und Nachbarstaaten

Keine Zurücknahme der Aufhebungsverordnung für badische Finanzämter!

Wie wir zuverlässig erfahren, hat es der Reichsfinanzminister abgelehnt, seine kürzlich erlassene Verordnung auf Aufhebung der sechs badischen Finanzämter zurückzunehmen.

Mannheim 17. Jan. Eine unglückliche Operation führte einen seit Jahren hier tätigen 61 Jahre alten Arzt vor das Schöffengericht. Die Anklage lautete auf fahrlässige Körperverletzung. In dem zur Anklage liegenden Fall handelt es sich um folgendes: Ein Patient ließ sich Anfang 1929 wegen eines juckenden Ekzems am Gesäß in dem Institut des Dr. W. behandeln. Dr. W. will außer dem Ekzem, das sehr umfangreich gewesen sein soll, auch noch erhebliche Hämorrhoidalknoten festgestellt haben. Er schritt zur Operation. Wenige Tage nach der Operation erkrankte der Patient an einer durch Colibakterien hervorgerufenen Nierenbedeckungsentzündung; er war lange bettlägerig und ist heute noch nicht ganz von seinem Leiden wieder hergestellt. Nach der Anklage soll diese durch Colibakterien hervorgerufene Nierenbedeckungsentzündung in einem ursächlichen Zusammenhang stehen mit der regelmäßig ausgeführten Hämorrhoidoperation. Das Gericht verurteilte den Arzt unter Einziehung von Sachverständigen und verurteilte den Arzt zu einer Geldstrafe von 200 Mark. Der Staatsanwalt hatte 1000 Mark Geldstrafe beantragt.

Heidelberg, 17. Jan. (Die Vertreterversammlung des Badischen Lehrervereins.) Der Badische Lehrerverein hat seine ordentliche Vertreterversammlung für das Jahr 1933 auf die Zeit vom 10.—20. April (Karwoche) nach Breisbach ausgeschrieben. Nach Erledigung tagungsgemäßer Arbeiten steht die Behandlung der vom Deutschen Lehrerverein und vom Vorstand des Badischen Lehrervereins gestellten Aufgaben auf der Tagesordnung und zwar: 1. Sinn und Aufgabe der deutschen Volksschule; 2. welche Forderungen werden durch die heutige Lage von Volk und Staat an Volksschule und Volksbildung gestellt?

Bruchsal, 16. Jan. (Die Schloßkonzerte.) Der Verkehrsverein beschloß die Schloßkonzerte, die aus finanziellen Gründen ausgesetzt wurden, wieder abzuhalten. Die musikalische Leitung liegt in den Händen des städtischen Musikdirektors Hunsler.

Freudenstadt, 17. Jan. (Erdlicher Unfall bei der Arbeit.) Die beiden Söhne des Sägewerksbesitzers Fr. Schilling in Glatten waren mit Erbsen abladen beschäftigt, dabei rutschte der 27jährige Sohn Hermann aus, ein Stamm fiel ihm auf den Kopf. Der Bedauernswerte erlitt einen fünffachen Schädelbruch, der seinen sofortigen Tod herbeiführte.

Hochstapler der Liebe

20 Monate Gefängnis für einen gezeigten Heiratschwindler

im, Karlsruhe, 15. Jan. Ein notorischer Betrüger und Hochstapler fand am Donnerstag in der Person des 38 Jahre alten Elektromonteurs Friedrich Einloth aus Malsch, der zuletzt in Mannheim wohnte und sich seit dem 16. November in Untersuchungshaft befindet, vor dem Karlsruher Schöffengericht (Vorstand: Amtsgerichtsdirektor Dr. Müller). Er trat unter den verschiedensten Namen auf, nannte sich „von Salten“ und „Schäfer“ und hat in einer Reihe von Fällen gutgläubige Menschen um ihr Geld betrogen. Im letzten Jahresviertel 1932 trat er mit einem Karlsruher Geschäftsmann in Verbindung, dem er vorpiegelte, er habe bei einer Bank ein Guthaben von 8000 Mark stehen, über das er „augenblicklich“ nicht verfügen könne. Er werde demnächst als Leiter einer hier zu errichtenden Filiale der Hoch-Autowerke bestimmt werden; durch diese unwahren Behauptungen veranlaßte er den Geschäftsmann, ihm 600 Mark darlehensweise zu überlassen, die er nicht mehr zurückgab. Einer Frau entlockte er deren Sparkassenschein über 234 Mark und hob den genannten Betrag ab, den er für sich verbrauchte. Im August 1930 lernte er in Karlsruhe eine Verkäuferin kennen, mit der er ein Verhältnis anknüpfte. Er machte dem Mädchen vor, er sei in Stellung und beziehe monatlich 470 RM. Er betätigte sich außerdem als Erfinder und habe ein Patent für einen Autovergasler. Er gab sich als vermögenden Mann aus, und beifizierte sein Vermögen auf 70 000 RM. An Weihnachten 1930 verlobte er sich mit dem Mädchen, das seinen Angaben Glauben schenkte und nicht ahnte, daß sich in der Maske des Biedermanns ein bedenklicher Betrüger verbarg. Er veranlaßte das Mädchen, ihm nach und nach mit rund 855 RM auszuhelfen, die er angeblich für die Anschaffung von Möbeln, Werkzeugen und Materialien für seine Erfindung verwendete. Mit dem Geld unternahm er mehrere Reisen in die Schweiz, wo der untreue Josef eine zweite Braut finden konnte, die ihn ebenfalls mit Geld aushalf. Mit dem Geld seiner Karlsruher Braut fuhr er nach der Schweiz

und kehrte mit deren Geld wieder zurück. Diese Extratouren nach der Schweiz mit dem anschließenden Pumpverahren — zwischen Skalla und Charobdis — erregte auch die Aufmerksamkeit der Schweizer Behörden. Als das Karlsruher Mädchen dahinter kam, wie es mit der Treue und Ehrlichkeit ihres Verlobten bestellt war, löste sie die Verlobung auf. Sie hat durch den Angeklagten nicht nur ihre Ersparnisse in Höhe von rund 1000 RM, die für den geheimnisvollen Autovergasler „vergaßt“ wurden, eingebüßt, sondern auch noch ihre Stellung in einem hiesigen Geschäft verlor. Wie die Zeugin angibt, hatte er ihr versprochen, die 70 000 RM, die er auf der Bank stehen habe, ihr zu vermachen.

Er hatte behauptet, bei der Firma Brown, Boveri u. Co. in Mannheim in Stellung zu sein. Von Oktober an bestritt sie seinen ganzen Lebensunterhalt. Erst, als sie schon durch ihn geschädigt war, erfuhr sie, daß die Fante, die er in der Schweiz besuchte, ein Dienstmädchen war, dem er ebenfalls Geld abknöpfte. Von dem ihm vorgezeigten Gelde hat sie nur 112 RM zurückgehalten, die er dem Dienstmädchen in der Schweiz abgenommen hat. In übler Weise hat er sich in ihr Vertrauen eingeschlichen und ihre Gutmütigkeit mißbraucht. Obwohl seit 1930 stellungslos, bezeichnete er sich als vermögenden Mann in guter Position, der an einem Patent arbeite, das beiden eine Existenz sichern könnte.

Der Angeklagte gab die ihm zur Last gelegten Verfehlungen zu.

Der Staatsanwalt kennzeichnete den Angeklagten als notorischen gemeinen Betrüger und plädierte auf Verurteilung zu 2½ Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre.

Das Schöffengericht berücksichtigte bei der Strafbemessung, daß der Angeklagte als geistig und moralisch minderwertig anzusehen ist und verurteilte ihn wegen Rückfallsbetrugs in drei Fällen zu einer Gesamtgefängnisstrafe von einem Jahr acht Monaten unter Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft. Außerdem wurden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre aberkannt.

Fischerbach (Kinzigtal), 17. Januar. (Erdlicher Unfall.) Während des Brandes der Schreinerei und Regelbahn des Kronenwirtes Michael Schmid wurde der 64 Jahre alte Landwirt Konstantin Vetter, Vater von sechs Kindern, als er zum Brandplatz ging, von einem schwebenden Pferd getroffen. Vetter stürzte auf den hartgefrorenen Boden und erlitt einen doppelten Schädelbruch, dem er alsbald erlag. Die genannten Gebäulichkeiten brannten nieder.

Schallstadt, bei Freiburg, 17. Jan. (Mennische Steinfindung.) Ein hiesiger Landwirt ist in seinem Garten auf eine Steinfindung gestoßen. Die Untersuchung durch das Museum für Urgeschichte ergab, daß es sich um zwei Steinfindungen handelte, die sorgfältig aus waagrecht geschichteten Kalksteinschichten, wahrscheinlich mit nassem Schlamm als Bindemittel, aufgelegt waren. Die eine lag 1,55 Meter tief und barg das Skelett eines kräftigen Mannes mit ausgezeichneter erhaltenen Knochen, dabei ein Eisenmesser. Die andere Steinfindung lag 1,70 Meter tief und so nahe am Rain, daß die eine Wand geübert war; wahrscheinlich war der Mann früher weiter außerhalb. Sie barg einen jugendlichen Mann mit einem Sarg (Kurzschwert) und einem Messer.

Waldbühl, 16. Jan. (Der Kampf mit dem Regenschirm und seine Folgen.) Im Juli vorigen Jahres war der Kaufmann Emil Alfred Roeder aus Rheinfelden mit einem anderen wegen einer gemeinsamen Freundin in Streit geraten. Bei diesem Streit kam es auch zu Tätlichkeiten und Roeder wurde von seinem Gegner mit einem Regenschirm angegriffen. Beide Männer zerrten dann an dem Schirm hin und her und dabei stieß Roeder zu unglücklich zu, daß die dem Gegner zugekehrte Spitze des Regenschirms in die Schläfengegend in den Kopf drang und die Schädeldecke durchbohrte. An der schweren Verletzung starb der Gegner des Roeder. Dieser wurde vom Schwurgericht Waldbühl wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen dieses im November ausgesprochene Urteil hatte Roeder Berufung beim Amts-

gericht eingeleitet. Der Senat hat jedoch wie uns aus Leipzig gemeldet wird, die Berufung als völlig unbearbeitet verworfen.

Marktberichte

Mannheimer Produktbörse vom 16. Januar. Amtlich notierte: Weizen iml. 20,60—20,75, Roggen iml. 16,75. Hafer iml. 13,50—14, Sommergerste 13,50—20, Futtergerste 17,60—17,75, Platamais 19,50, Sojabohnen 10,25—10,35, Biererbsen 10,50—10,75, Weizenmehl südd. m. Austausch 28,75—29, Roggenmehl 21—24, Weizenmehl feinst. 7,60—7,75, Erdnußkuchen 11,65—11,85, Tendenz ruhig.

Schiffahrts-Gesellschaft vom 16. Januar. Es notieren: Rotkraut 2,5—3,5, Weizen 1,5, Dänisch 2,2—2,5, Wirtling 3—5, Spinat 10, Zwiebeln 4, Karotten 1,5, Schwarzwurzeln 1,5 bis 1,6, Kraut 3,25—4, Rottreiben 1,25—2,25, Weizen 1,5, Erbsen 1—1,25, Fehlsalat 37—61, Blumenkohl II. 15,20, dito III. 4—12, Sellerie Stück 2—10, Endivienkohl 2,5—7,5, Sauch Stück 1—2, Suppengrünes Bündel 1,5—2.

Mannheimer Großviehmarkt vom 16. Januar. Zufuhr: 182 Ochsen, 157 Bullen, 285 Kühe, 399 Färken, 635 Kälber, 33 Schafe, 2537 Schweine. Preise pro 50 kg Lebendgewicht: Ochsen: 28 bis 30, 22—25, 23—25; Bullen: 22—24, 20—22, 17—20; Kühe: 22 bis 24, 20—23, 13—15, 10—12; Färken: 29—32, 24—26, 22—24; Kälber: —, 36—38, 32—34, 28—30, 22—25; Schafe: —, —, 15 bis 22; Schweine: —, 39—40, 39—40, 38—39, 36—37, 34—35. Marktverlauf: Großvieh ruhig, Ueberstand. Kälber mittel geräumt, Schweine ruhig.

Karlsruher Viehmarkt vom 16. Januar. Zufuhr: 1516 Rinder, davon 429 Ochsen, 127 Bullen, 478 Kühe, 393 Färken, 769 Kälber, 160 Schafe, 4549 Schweine. Preise: Ochsen: 25 bis 28, 22—24, 19—21; Bullen: 24—26, 20—23; Kühe: 21—23, 18—20, 15—17, 12—14; Färken: 26—28, 23—25, 20—22; Kälber: —, 33—37, 28—32, 22—27; Schafe: 23—2, —, 20—22, 16 bis 18; Schweine: —, 35—38, 35—38, 34—37, 32—36. Marktverlauf: Rinder ruhig, geringer Ueberstand. Kälber und Schafe mittelmäßig, geräumt, Schweine schleppend, geringer Ueberstand.

Zur Erlangung von **Steuergutscheinen** müssen Anträge sowohl beim Finanzamt wie bei der Gemeindekasse gestellt werden. **Vordrucke** solcher Anträge an beide Stellen haben wir vorrätig. **Buch- und Steindruckerei R. BARTH**

Zwangsvorsteigerung. Am Mittwoch, den 18. Januar 1933, vorm. 9 Uhr werde ich in Ettlingen, Zusammenkunft beim Rathaus gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern: 1 kombinierte Kreis säge, 1 Sägegessels, 1 Bahtisch, 1 Beiztisch, 1 Tisch, 1 Ziehharmonika. Ettlingen, den 14. Januar 1933. Dietrich, Gerichtsvollzieher.

Zwangsvorsteigerung. Am Mittwoch, den 18. Januar 1933, nachm. 2 Uhr werde ich in Pfaffenroth, Zusammenkunft im Rathaus gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern: Circa 80 Zentner Wiesenheu. Ettlingen, den 17. Januar 1933. Dietrich, Gerichtsvollzieher.

Gummistempel jeder Art fertigt an Buch- u. Steindruckerei R. Barth.

Frisch einetroffen: **Sua G** Kraft-Nährsalz für Schweine **Brookmanns Futtermittel** **Vieh-Emulsion** in Flaschen von .60 bis 1 50 Mk. **Dorsch- und Fischmehl** **Kälbermehl und Milchana** Drogerie **Fr. Karl Schimpf** Badenerstr. 4

2-Zimmerwohn. mit Zubehör für alleinlebendes, jüngeres Ehepaar sofort od. später zu mieten gesucht. Angebote an d. Kurier.

Männerverein Ettlingen v. Roten Kreuz mit freiwilliger Sanitätskolonne. Die Vereinsmitglieder werden zur **Hauptversammlung** auf Samstag, den 28. Januar 1933, abends 8 Uhr, in das untere Nebenzimmer des Gasthauses zum „Nitter“ höflich eingeladen. Tagesordnung: 1. Geschäftsberichte, 2. Kassenberichte, 3. Genehmigung des Voranschlags, 4. Wahlen, 5. Verschiedenes. Anträge, über die in der Hauptversammlung ein Beschluss gefasst werden soll, sind spätestens eine Woche vorher beim Vorstand schriftlich einzureichen. Der Vorstand.

Arbeiter-Gesangverein „Eintracht“ Hiermit ergeht die Einladung zu unserer diesjährigen ordentlichen **Generalversammlung** am Sonntag, den 22. Januar, nachm. 3.30 Uhr, im Vereinslokal zur „Blume“. Anträge hierzu bitten wir bis spätestens Freitag den 20. Januar beim Vorstand schriftl. einzureichen. Die Tagesordnung wird im Lokal bekanntgegeben. Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder erwartet Die Verwaltung.

Technikum Bingen a. Rh. Höhere techn. Lehranstalt. Ingenieurausbildung im Maschinenbau, Elektrotechnik, Eisenhochbau, Automobil- u. Flugzeugbau. Programm frei

Erstklassige Kohlenherde mit Garantie, künstl. Platen, II. Anzahlg., gebrauchte auf Veran. Karlsruhe, Blumenstr. 11, pt.

Mikroskopische Haaruntersuchungen zur Feststellung jeder Haarkrankheit (zu starker Haarausfall, Beßen und jucken der Kopfhaut, kahle Stellen, frühzeitiges Ergrauen, auch wo zu trockener oder fettiger Haarboden da ist) durch unsern Herrn Schneider **jeden Donnerstag** von 10-7 Uhr. Preis Mk. 1.— **Gg. Schneider & Sohn** I. Württ. Haarbehandlungsinstitut **Karlsruhe, Ebertstr. 16, beim Altbahnhof, Telefon 7804**

Für den **Auto-Fernverkehr** haben wir **Frachtbrieft** und **Ladelisten** einzeln und in Blocks vorrätig **Buch- u. Steindruckerei R. Barth**